

E-Mail an den Bundesminister für Verkehr und digitale Infrastruktur, Andreas Scheuer, vom 16.09.2019, gerichtet an andreas.scheuer@bundestag.de und buergerinfo@bmvi.bund.de

Betreff: Anteil der Verkehrspolitik an der CO₂-Reduktion

Sehr geehrter Herr Bundesminister Scheuer,

die Klimapolitik ist eine der großen Herausforderungen der Gegenwart. Als an der Politik interessierter Ruheständler, der sich gelegentlich zu politischen Themen zu Wort melden möchte, habe ich ihr auf meiner mit der allgemeinen Politik befassten Homepage daher auch eine eigene Seite gewidmet: <http://www.kuehler-kopf.de/umwelt.html>. Mit dieser E-Mail beziehe ich mich auf Ihren gestrigen (15.09.2019) Auftritt in der ARD-Talkshow „Anne Will“. Ein Gegenstand der dortigen Diskussion war die Frage, ob die aus Ihrem Ministerium vorab bekannt gewordenen Vorschläge zur Reduktion der deutschen durch den Verkehr verursachten CO₂-Emissionen ausreichend sind, um die Einhaltung der von Deutschland im Rahmen des Pariser Klimaschutz-Abkommens eingegangenen Verpflichtungen zu gewährleisten. Ein weiterer Streitpunkt war die Rolle der so genannten SUVs in diesem Zusammenhang.

Sie und der Vertreter des Verbandes der Automobilindustrie und Chef eines Autozulieferer-Unternehmens, Stefan Wolf, wehrten sich in dieser Sendung zum einen gegen eine Verteufelung von SUVs und gegen den von Ihnen so bezeichneten „Berliner Blick“. Zu diesen beiden Punkten möchte ich gerne näher Stellung beziehen:

- Zunächst muss ich Ihnen und Herrn Wolf zugestehen, dass – auch aus meiner Sicht und für mich jedenfalls nur schwer nachvollziehbar, weil am Thema der Sendung irgendwie „vorbeidiskutiert“ – die Rolle der SUVs nahezu ausschließlich unter dem Gesichtspunkt des schrecklichen Berliner Unfalls mit einem solchen Gefährt diskutiert wurde. Dem Thema der Sendung sehr viel entsprechender wäre gewesen, die Rolle dieser Fahrzeuge in Bezug auf ihre Umweltverträglichkeit und ihre Rolle im allgemeinen Verkehrsgeschehen zu beleuchten. Da dies leider nur am Rande geschehen ist, erlaube ich mir, meine Ansicht hierzu als nicht autofahrender Stadtbewohner darzulegen, der zudem auch als Kinderloser den heute zur Welt kommenden Kindern noch eine lebenswerte Umwelt hinterlassen möchte: SUVs sind schwere Gefährte. Schwere Gefährte benötigen mehr Energie als leichtere, um fortbewegt werden zu können. An diesem physikalischen Gesetz dürfte wohl kaum jemand ernsthaft rütteln können. Ein höherer Energieverbrauch verursacht auch höhere Schadstoff-Emissionen – unabhängig davon, ob der Motor des Fahrzeugs nun mit Diesel-Kraftstoff oder mit Benzin betrieben wird (insofern war die Bezugnahme der Greenpeace-Vertreterin auf Diesel-Antriebe in diesem Zusammenhang tatsächlich irrelevant; zum einen verursachen diese zwar weniger CO₂-Emissionen als Benziner, zum anderen ist dieser Ausstoß bei SUVs gleichwohl höher als bei „normalen“ Limousinen, weil der Verbrauch höher ist). Die Einlassung von Herrn Wolf, es sei inzwischen gelungen, SUVs mit geringerem Verbrauch zu entwickeln, muss in diesem Zusammenhang als (mindestens versuchte) Irreführung bezeichnet werden: Allein wegen seines Gewichts, aber auch wegen seiner Form, wird ein solches Fahrzeug immer einen höheren Bedarf an Energie für seine Fortbewegung benötigen als eine Limousine oder ein „Kombi“. Auch eine Umstellung auf einen Elektro-Antrieb wird hieran nichts ändern: Ein vollelektrisch betriebener SUV wird mehr Energie benötigen als leichtere oder Fahrzeuge mit einem günstigeren C_w-Wert, die wiederum erzeugt werden muss (selbst wenn dies ausschließlich aus regenerativen Quellen geschehen sollte, stellt allein die benötigte höhere Batteriekapazität möglicherweise einen

umweltschädigenden Faktor dar, weil für die Batterien vollelektrisch betriebener Automobile eine Reihe von seltenen Rohstoffen benötigt werden). Hinzu kommt, dass SUVs in der weit überwiegenden Zahl der Fälle mehr Raum sowohl im Verkehr als auch auf Parkflächen benötigen. Zusammenfassend ist also zunächst einmal festzustellen, dass diese Fahrzeuge möglicherweise einen positiven Beitrag zum Wohlbefinden ihrer Besitzer leisten, ihre Auswirkungen auf die Gesamtgesellschaft aber mindestens als hindernd, wenn nicht gar als schädlich eingestuft werden müssen. (Die Kritikpunkte an diesen Gefährten sind sehr übersichtlich und nachvollziehbar auf https://de.wikipedia.org/wiki/Sport_Utility_Vehicle#Kritik zusammengefasst; dort finden sich nachfolgend auch Fakten zu deren Beitrag auf mögliches Unfallgeschehen.) Dies rechtfertigt wohl die weitere Feststellung, dass jedenfalls die schwereren dieser Modelle (mit einem Gesamtgewicht ab 2,8 t, möglicherweise aber auch bereits darunter) als Luxusgüter eingestuft werden können bzw. sogar sollten. Eine solche Einstufung wiederum könnte zum Anlass genommen werden, den Kauf eines solchen Fahrzeugs mit einer entsprechenden Steuer zu belegen; ein Aufschlag von 20% auf den (Netto-)Kaufpreis wäre angesichts der geschilderten nachteiligen Folgen eines solchen Fahrzeugs für die Gesellschaft – entsprechend dem im Grundgesetz festgelegten Grundsatz, dass mit Eigentum auch gesellschaftliche Verpflichtungen verbunden sein sollten – als durchaus angemessen anzusehen. Ein Verbot dieser Fahrzeuge (oder deren Einfahrt in Städte), das auch aus meiner Sicht nicht durchzusetzen wäre, könnte so umgangen, gleichwohl deren Nutzer zu einem Ausgleich der von ihnen verursachten Schäden an Klima und Gesellschaft herangezogen werden. Das Aufkommen aus dieser Steuer sollte zweckgebunden für den Auf- und Ausbau einer klimaneutralen Verkehrsinfrastruktur verwendet werden.

- Sie ebenso wie Herr Wolf verwiesen in der Diskussion immer wieder darauf, dass insbesondere im ländlichen Raum unabwendbare Bedarfe für die Nutzung von Autos bestünden, und verwiesen hierbei insbesondere auf Interessen der Wirtschaft. Dass hier in besonderer Weise und recht häufig die Nutzung von Automobilen (hier wiederum insbesondere von kleinen Transportern bzw. LKW) notwendig sein wird, wird kaum jemand ernsthaft bestreiten wollen; mir jedenfalls läge eine solche Argumentation ausgesprochen fern. Völlig oder nahezu völlig wurde jedoch in der gestrigen Diskussion ausgeblendet, dass es neben diesem Bedarf der Wirtschaft im ländlichen Raum ebenso wie im städtischen Bereich Menschen gibt, die „von A nach B kommen“ wollen bzw. müssen, um etwa ihren Arbeitsplatz zu erreichen. Wenn nun gestern von Ihnen und Herrn Wolf angeführt wurde, diesen Menschen müsse „ihre Freiheit erhalten bleiben“, so ist dies – mit Verlaub – ein nicht nur lächerliches, sondern geradezu zynisches Argument diesen Menschen gegenüber. *Sie haben nämlich gar keine Freiheit!!!* Ihnen – endlich! – Freiheit einzuräumen würde nämlich bedeuten, in ländlichen Regionen ein den städtischen vergleichbares ÖPNV-Angebot zu schaffen, damit die dort lebenden Menschen die Freiheit geboten bekommen, nicht mehr auf die Benutzung des Autos angewiesen zu sein, sondern stattdessen das Angebot öffentlicher Verkehrsmittel nutzen zu können. Das würde echte Freiheit für diese Menschen bedeuten, nämlich *Wahlfreiheit!* Und genau dieses fehlende ÖPNV-Angebot im ländlichen Raum, das möglicherweise sogar mehr zu einer Verminderung von CO₂-Emissionen im Verkehr beitragen könnte als die von Ihnen geplanten Kaufprämien für vollelektrische Autos (die jedenfalls so lange weitgehend wirkungslos bleiben werden, wie es keine hinreichend dichte Lade-Infrastruktur in Deutschland gibt; auf andere Elemente wie den verfehlten Ansatz, ausschließlich auf vollelektrische Antriebe zu setzen, will ich hier aus Platzgründen und solchen der Lesbarkeit nicht näher eingehen), ist in dem von Ihrem Ministerium erarbeiteten Plan offenbar gar nicht berücksichtigt. Es nützt eben nicht, nur den Bahn- (und damit den Fern-)Verkehr zu stärken; dem ländlichen (und dem vorstädtischen) Raum,

in dem es um eher geringe Entfernungen geht, hilft nur ein gutes ÖPNV-Angebot, um den Menschen den Verzicht auf das Auto (bzw. dessen Benutzung) zu ermöglichen. (Und nur ganz nebenbei könnte man durch derartige Maßnahmen jedenfalls den einen oder anderen derzeitigen AfD-Wähler dazu bringen, wieder anders zu wählen; wie schön wäre das denn?!)

Sehr geehrter Herr Bundesminister Scheuer, wenn in Ihrem Hause und in der zur Klimapolitik tagenden Kommission (allein in dieser sollen ja nach ihren gestrigen Ausführungen 240 Personen (!) tätig sein) so viel Sachverstand versammelt ist, warum sind dann diese Menschen nicht mit der Gabe gesegnet, einfach nachvollziehbare Tatbestände und Zusammenhänge wie die in dieser E-Mail dargestellten zu recherchieren bzw. herzustellen und daraus geradezu auf der Hand liegende Schlussfolgerungen zu ziehen? Sie beklagen – endlich und völlig zu Recht – die betrügerischen Machenschaften der Autoindustrie, hofieren sie aber weiterhin. Was spricht dagegen, Innovation zu befördern, indem ein Verfalldatum für nicht mehr zeitgemäße Technik (Verbrennungsmotoren) gesetzlich vorgegeben wird (das ist weniger ein Verbot als eine Aufforderung zum Handeln, was andere Länder – auch solche mit Autoherstellern – bereits begriffen haben)? Warum wird die Entwicklung vollelektrischer Antriebe extensiv gefördert, aber kaum möglicherweise umweltverträglichere Alternativen? Für die für vollelektrische Antriebe notwendigen Batterien werden in erheblichem Umfang seltene Erden benötigt, die überwiegend in Ländern der Dritten Welt mit die dortige Umwelt belastenden, ja sogar zerstörenden Techniken gewonnen werden müssen. So wird wieder einmal für die Erhaltung unseres Wohlstands das Elend in arme Länder bzw. zu den dortigen Menschen getragen, was man durchaus als eine neue Form des Kolonialismus bezeichnen kann (vielleicht sogar muss). Dann kann vielleicht dem Klimawandel abgeholfen und eine nicht bestimmbare Anzahl möglicher Klimaflüchtlinge vermieden werden, aber die Umwelt wird dann eben in anderer Weise geschädigt. Wann sind Sie endlich dazu bereit, den Menschen die Wahrheit zu sagen, die da lautet (lauten muss): „Wenn wir unseren Kindern und Kindeskindern eine Welt hinterlassen wollen, in der sie noch unter einigermaßen erträglichen Umständen leben können, dann müssen wir uns von unserem Anspruchsdenken verabschieden. Wenn Sie heute nicht bereit sind, auf einen kleinen und wirklich verzichtbaren Teil Ihres Wohlstands zu verzichten, dann tragen Sie die Verantwortung dafür, dass in einer nicht sehr fernen Zukunft den Menschen auf der Erde nicht mehr die für ihr (Über-)Leben notwendigen Ressourcen zur Verfügung stehen und aus diesem Grund Kriege ausbrechen werden, wodurch letztlich das Überleben der Menschheit als solcher gefährdet sein könnte. *Ein ‚Weiter so‘ heißt: ‚Nach mir die Sintflut!‘“?*

Mit Dank für Ihre Aufmerksamkeit verbleibe ich

mit freundlichen Grüßen

Bernd Masmeyer

(Betreiber der Website www.kuehler-kopf.de)

Am Schönenkamp 110

40599 Düsseldorf

Tel.: 01 72 - 2 41 15 62

Fax: 02 11 - 2 04 91 32

E-Mail: kontakt@kuehler-kopf.de oder kontakt@politik-fuer-menschen-mit-handicap.de

Internet: www.kuehler-kopf.de; www.politik-fuer-menschen-mit-handicap.de

P.S.: Damit diese Nachricht nicht in den Untiefen Ihres Ministeriums verloren geht, sondern möglichst schnell in Ihre Hände gelangt, habe ich sie zusätzlich an Ihr Bundestags-Postfach übermittelt.

